Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 54 (1960)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : wie lange noch Algerien? ; Die Schraube ohne Ende ; Reueloses Deutschland ; Etwas vom Nasserismus ; Zähes Ringen in Ost- und Südasien ; Wem die Stunde schlägt

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140443

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

chen Meinung . . . Georges Casalis gehört zu jenen Begnadeten, von denen man den Eindruck hat, daß sie deswegen reden, weil sie etwas zu sagen haben. Seine Vorträge enthalten auch interessante Einzelmitteilungen, vermitteln auch allgemeine Kenntnisse und tiefe Wahrheiten, wie das bei Vorträgen nicht anders zu erwarten ist — aber darüber hinaus geht von ihnen ein heller Ton aus, ein hilfreicher Glanz, ein richtunggebender Ruf, kurz das, was man eine *Botschaft* nennt . . .»

Die zentrale Arbeit «Kann der moderne Mensch die Predigt des Evangeliums hören», ein Vortrag aus dem Jahre 1958, ist eine umfassende Analyse der modernen Menschen, wie man die Botschaft an ihn heranbringen, wo man ihn erreichen kann: «Darf ich schließlich noch sagen, daß der moderne Mensch einen sehr entscheidenden Vorzug besitzt, nämlich seine Skepsis gegen alles, dieses tiefe, tiefe Mißtrauen, das ihn erfüllt, weil er zu vieles gesehen, zu vieles gehört und zu viel gelitten hat. Alle Lockmittel, alle Schaumschlägereien, alle Propaganda und alle Zeitungen lassen ihn völlig kalt, auch wenn sie ihn aufregen oder verärgern . . . Es ist eine tiefe Ungläubigkeit gegen jedes Reden vorhanden. Das ist einer der Punkte, wo die Sache sich für uns zuspitzt. Ist dieser Mensch noch in der Lage, eine Predigt zu hören, nachdem er mit Worten überfüttert worden ist und auf jede Rede mit Unglauben antwortet? Dieses Mißtrauen ist tatsächlich ein sehr entscheidender Vorzug. Denn dieser Mensch gewinnt gerade von da aus ein außergewöhnliches Gefühl für das Echte und Unverfälschte.» *B. W.*

WELTRUNDSCHAU

Wie lange noch Algerien? Durch den mißglückten Aufruhr der «Ultras» ist *Algerien* im Berichtsmonat unversehens aufs neue in den Vordergrund der Ereignisse geschoben worden. Unversehens, aber doch im Grunde nicht unerwartet. Denn der algerische Krieg geht ja nun schon ins sechste Jahr, und noch ist kein Ende des Gemetzels und der Leiden abzusehen. Jeden Tag fallen Opfer unerhört; die Franzosen haben wiederholt berichtet, daß innert 24 Stunden rund hundert «Aufständische» getötet worden seien. Nicht zu reden von den anderthalb Millionen, die in Massenlagern elend verkommen, und von den zahllosen Gefangenen, die als selbstverständlicher Bestandteil der französischen Justiz zu Tode gefoltert werden. Dabei ist von einer fortschreitenden Niederwerfung der algerischen Freiheitsarmee keine Rede; die Rebellen stoßen immer wieder bis ganz in die Nähe der großen Städte vor. Und

doch jagt die Armeeleitung immer noch dem Phantom eines vollständigen militärischen Triumphes über die algerische Widerstandsbewegung nach, unfähig, nach 13 Jahren ununterbrochener Kolonialkriege (Madagaskar, Indochina, Algerien) einen Zustand ins Auge fassen zu können, in dem das Militär keine Aufgabe mehr hätte, und unterstützt von der Million europäischer Siedler, die ihre bevorrechtete Stellung in Algerien um jeden Preis festhalten will und allen Grund zu der Befürchtung hat, daß ein freies Algerien ihrem ausbeuterischen und anmaßenden Herrenmenschentum ein Ende machen würde.

So hat sich beim Offizierskorps im Lauf der anderthalb Jahre, die das Regime de Gaulle nun währt, eine zunehmende Erbitterung über die Haltung des Staatspräsidenten angestaut, der eben die Politik des «Jusqu'au bout», der «Algérie française» nicht mitmacht, vielmehr den Algeriern eine freilich kaum ehrlich gemeinte Selbstbestimmung anbietet, in der Hoffnung, der mohammedanische Volksteil werde in ein paar Jahren doch derart bearbeitet sein, daß er sich in einer Volksabstimmung für das Verbleiben in der französischen Staatengemeinschaft aussprechen werde. Der Gegensatz zwischen de Gaulle und dem Offizierskorps war so von Anfang an vorhanden, kam aber nur nicht in voller Schärfe sogleich zum Ausdruck. Beide Teile hatten Grund zur Zurückhaltung. De Gaulle *brauchte* die Armee, um den algerischen Kolonialkrieg erfolgreich zu beenden, und wollte auch wohl aus einem gewissen Kameradschaftsgefühl die Generäle und Obersten nicht vor den Kopf stoßen, denen er seinen Wiederaufstieg an die Spitze des Staates verdankte. Auf der anderen Seite brauchte die Armee auch de Gaulle, wenn sie ihren Siegfrieden erkämpfen wollte, aber auch deshalb, weil es völlig undenkbar gewesen wäre, daß sich die in Algerien stehenden Streitkräfte (mehr als eine halbe Million Mann) halten könnten, wenn die Zufuhr, die Geldmittel und die moralische Unterstützung von Frankreich her abgeschnitten würden. So suchte der eine Teil den anderen zu täuschen und für seine Zwecke zu benützen, und insbesondere de Gaulle zögerte immer wieder, seine Autorität gegenüber dem immer selbstherrlicher schaltenden Offizierskorps, das Algerien völlig in der Hand hatte, unzweideutig durchzusetzen.

Im Herbst 1958, als sich in Frankreich über 80 Prozent der Stimmen nach einer beispiellos demagogischen Kampagne für de Gaulle erklärt hatten, wäre er durchaus imstande gewesen, die algerischen Extremisten an die Wand zu drücken, ohne daß die Armee für sie einen Finger gerührt hätte. Seither hat sich aber der harte Kern des Siedlervolkes als eine zu allem entschlossene, ja verzweifelte und auch gut bewaffnete Widerstandsgruppe organisiert, die immer enger mit der Armeeleitung zusammenarbeitete und konspirierte. Und als dann der Fallschirmgeneral Massu, dieser brutale Schlächter (man braucht nur sein Bild anzusehen, um schon zu wissen, mit was für einem Typ man es zu tun hat), in seiner Unterredung mit einem deutschen Jour-

nalisten die «defaitistische» Haltung de Gaulles ganz offen und rücksichtslos kritisierte und deshalb vom Staatschef gegen den Widerstand der Leisetreter in seiner Umgebung kurzerhand seines Kommandos entsetzt wurde, da glaubten die «Ultras» den Augenblick gekommen, um loszuschlagen und mit Hilfe der Armee und ihrer Verbündeten im Mutterland das Regime der Fünften Republik ebenso stürzen zu können, wie sie im Gefolge des Staatsstreiches vom 13. Mai 1958 schon die Vierte Republik gestürzt hatten.

Der Plan schlug fehl. De Gaulle hatte zwar auch jetzt noch Hemmungen, die staatlichen und militärischen Machtmittel, über die er verfügte, wirksam einzusetzen; aber die Armee wagte doch nicht, mit den Aufrührern gemeinsame Sache zu machen und den Befehlen aus Paris offen zu trotzen. So wurden die reichlich theatralisch agierenden «todesmutigen» Barrikadenkämpfer in Algier mehr und mehr von der Bevölkerung getrennt und nach kaum acht Tagen zur Übergabe gezwungen. Der Putsch ist zusammengebrochen. Aber was soll jetzt geschehen? Im Augenblick, da wir schreiben, ist der Gesamtplan der Regierung noch nicht klar. Aber wenn man *einen* Wunsch aussprechen darf, so ist es der, daß de Gaulle die Einsicht und die Kraft bekommen möge, um entschlossen alle Spekulationen auf einen Siegfrieden in Algerien fallen zu lassen und mit der Führung der algerischen Befreiungsbewegung sofort Verhandlungen anzuknüpfen, deren Ziel nur noch die völlige, ehrliche Gewährung der Freiheit Algeriens sein darf, über seine Zukunft selber zu entscheiden. Der französische Staatschef könnte damit sehr wahrscheinlich eine klare Mehrheit seines Volkes hinter sich bringen, und vor der Armeeleitung braucht er heute weniger Angst zu haben als je. Dringendste Aufgabe der Linken ist es jedenfalls, Herrn de Gaulle auf diesen Weg zu weisen und damit nicht nur der «sale guerre» ein Ende zu machen, sondern auch die schwere Belastung der französischen Demokratie (sofern es so etwas überhaupt noch gibt) abzuschütteln, die der algerische Kolonialkrieg und die Umtriebe der zivilen wie der militärischen Faschisten darstellen. Gelingt das nicht, dann kann schwerlich etwas anderes als eine Katastrophe am Ende der Algerienpolitik de Gaulles und seiner Regierung stehen*.

---

* Inzwischen hat de Gaulle die Algerienarmee und die zivile Verwaltung weitgehend von den Anführern und Helfershelfern des Putschversuches gesäubert und sich so vorderhand Autorität verschafft. Aber der Preis dafür war sein nach mühsamen Verhandlungen mit der Armeeleitung gegebenes Einverständnis mit den Grundforderungen des Offizierskorps: Weiterführung des Krieges bis zur völligen Unterwerfung der «Rebellen»; Verbleiben der Armee in Algerien bis zu einer Volksabstimmung; Erstrebung einer möglichst «französischen» Lösung der Algerienfrage. «Die Armee wird in Algerien bleiben, damit Algerien französisch bleibt», erklärte der neue Kriegsminister, General Meßmer, offen und unzweideutig. Wie unter diesen Umständen eine neue Krise um Algerien vermieden werden soll, ist schwer zu sehen. Jacques Soustelle, der staatsmännisch begabte, von de Gaulle aus der Regierung ausgeschiffte Führer der französischen Rechtsradikalen, steht bereits in der Kulisse und wartet auf sein Stichwort. (14. Februar)

Die Schraube ohne Ende Das Verhältnis Frankreichs zu Algerien spielt natürlich auch sehr stark in seine Beziehungen zu den andern Mächten hinein. Solange Frankreich so weitgehend wie bisher in Algerien festgelegt ist oder noch mehr Kraft aufbieten muß, um mit seinem nordafrikanischen Kolonialproblem fertig zu werden, ist es militärisch wie diplomatisch in seiner internationalen Bewegungsfreiheit schwer gehemmt. Das empfindet man besonders stark in *Bonn*, wo man erleichtert aufatmete, als der algerische Aufruhr — vorläufig — ein ruhmloses Ende nahm, hatte doch der Erzintrigant Adenauer in de Gaulle vermeintlich seinen besten Helfer bei seinen Quertreibereien gegen die angelsächsische Entspannungspolitik. Auch die *italienische* Regierung hoffte er auf seiner jüngsten Romreise in seine Pläne einspannen zu können, und das vor seiner Rückkehr veröffentlichte Communiqué ließ auch tatsächlich darauf schließen, daß Segni und Pella der Bundesrepublik das uneingeschränkte Mitspracherecht bei der Vorbereitung der Gipfelkonferenz zugestanden wie auch das deutsche Begehren anerkannt hätten, eine Neuregelung in Berlin und Ostdeutschland müsse von der ganzen Bevölkerung bestätigt werden. Doch scheint aus andern, nichtamtlichen Verlautbarungen hervorzugehen, daß Adenauer und Brentano in Rom eher taube Ohren für ihre dreisten Begehren gefunden haben, liegt doch für die italienische Diplomatie kein Grund vor, sich mit England und Amerika zu überwerfen, wie das der Fall wäre, wenn sie sich in das Spiel Adenauers hineinziehen ließe. Ob und wie weit de Gaulle selbst mit ihm gemeinsame Sache macht, steht auch noch sehr dahin.

Inzwischen geht freilich die *militärische Aufrüstung* der Westmächte weiter, wie wenn der Kalte Krieg ewig fortdauern müßte. Daß die Sowjetunion die Zahl ihrer Streitkräfte auf 2 423 000 Mann herabzusetzen entschlossen ist, auf einen Stand also, der etwa der Truppenstärke der Vereinigten Staaten entspricht, scheint auf die Leiter der atlantischen Allianz keinerlei Eindruck gemacht zu haben, obwohl der Zeitpunkt immer näher rückt, in dem die konventionellen Streitkräfte der NATO denjenigen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten mindestens gewachsen sein werden. Der amerikanische Verteidigungsminister Gates und der Vorsitzende des Ausschusses der Wehrmachtchefs, General Twining, haben Mitte Januar vor der Militärkreditkommission des Abgeordnetenhauses sogar erklärt, die Militärmacht der Vereinigten Staaten (zu der natürlich auch und in erster Linie ihre Kernwaffen gehören) sei schon heute größer als diejenige der Sowjetunion; die Atombombenvorräte der USA insbesondere überstiegen bei weitem diejenigen der Sowjetunion. Trotzdem sollen sich die Wehrmachtausgaben der Vereinigten Staaten im Voranschlag für das kommende Finanzjahr 1960/61 wiederum auf 45 Milliarden Dollar, das sind 56 Prozent der Gesamtausgaben der USA, belaufen.

Von einer Herabsetzung der amerikanischen Truppenbestände ist

jedenfalls vorerst keine Rede, so klar es ist, daß die Sowjetunion mit ihren ständig verminderten Landstreitkräften immer weniger imstande wäre, einen Angriffskrieg zu führen, auch wenn sie das wollte, und ihre Rüstungspolitik ganz und gar auf die Abschreckung eines neuen Angriffes von Westen her einstellt. Und erst recht ist diese Sachlage offenbar für die Leiter der *westdeutschen* Politik kein Grund, mit ihrer massiven Neuaufrüstung einzuhalten, obwohl diese mit Verteidigungszwecken so wenig zu tun hat wie die Militärpolitik des Dritten Reiches und des Zweiten Kaiserreiches. Nach ihren eigenen Aussagen führten natürlich die Deutschen von jeher nur Verteidigungskriege, und so hat auch Adenauer, als er in Rom dem Papst seine Aufwartung machte, wieder einmal behauptet, Gott habe dem deutschen Volk eine besondere Aufgabe anvertraut, nämlich diejenige, eine Sperrmauer zum Schutze des Westens gegen die Vorstöße von Osten aufzubauen — ähnlich wie sich bekanntlich auch Hitler als das Werkzeug der Vorsehung im Kampf gegen den östlichen Kommunismus fühlte. So wird eben im Westen aller Entspannungspolitik zum Trotz gerüstet, gerüstet, gerüstet — eine Schraube ohne Ende, wenn es nicht über kurz oder lang ein Ende mit Schrecken geben wird.

Reueloses Deutschland Der von Adenauer neuerdings als Staatsgrundsatz verkündete Antikommunismus spielt in der Tat in der Politik der deutschen Bundesrepublik, wie im Bewußtsein breitester Volksschichten, eine entscheidende Rolle. Jetzt muß er sogar herhalten, um die *judenfeindliche, neunazistische Schmierpropaganda* zu erklären, weil man nicht sehen will, wo die wahren Wurzeln des auch in Bonn als peinlich empfundenen Übels liegen: in dem nie überwundenen alldeutschen Nationalismus und dem militaristischen Ausdehnungs- und Herrschaftsdrang, die ihrerseits beide in der kapitalistischen Wirtschaftsweise tief verwurzelt sind. Das arbeitet auch Herbert Mochalski in der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 2) klar heraus, wenn er feststellt, daß die jugendlichen Hakenkreuzpropagandisten «das Ergebnis unserer bis heute ausgebliebenen Umkehr und Absage an den Geist des Gewaltdenkens und des Völkerhasses, an den Geist der Revanche und der Selbstrechtfertigung» sind. Gewiß hätten in allen Schichten der westdeutschen Bevölkerung viele Menschen aus dem Zusammenbruch und aus dem, was ihm voranging, gelernt. «Noch mehr wollten Vergangenes aber einfach vergangen und vergessen sein lassen. Sie rechtfertigten nicht, was geschehen war. Aber sie setzten sich mit ihm auch nicht auseinander . . . Und dann wurden sie aus dem Vergessen herausgerissen. Sie durften nicht mehr vergangen sein lassen, was sie vergessen wollten. Die Vergangenheit, *ihre* Vergangenheit, wurde wieder Gegenwart. Die Uniform, die sie ausgezogen hatten, sollten sie wieder anziehen. Die Waffen, die ihnen aus der Hand geschlagen waren oder die sie weggeworfen hatten, sollten sie wieder aufnehmen . . . Denn die Parole war

die gleiche, die Hitler ausgegeben hatte: ‚Gegen die Bedrohung aus dem Osten'.»

Weil man diesen Zusammenhang von Neumilitarismus und Neunazismus nicht zugeben will, ist auch die ganze jetzt unternommene Bekämpfung des Antisemitismus und der sonstigen Deutschtümelei so ziemlich wirkungslos. Mit harten Strafen gegen die Hakenkreuzmaler und mit Verboten rechtsradikaler Gruppen unterdrückt man nur Symptome, die an und für sich in der *heutigen* Lage wenig gefährlich sind, rottet aber nicht die tiefersitzenden und lebensbedrohenden Ursachen der Krankheit aus. Schon wichtiger wäre eine gründliche Reform des Geschichtsunterrichtes in den westdeutschen Schulen. Wie es mit diesem Unterricht steht, sieht man zum Beispiel aus einem Vergleich zweier Ausgaben eines weitverbreiteten westdeutschen Geschichtsbuches für Schüler der fünften und sechsten Klasse. Das Ergebnis ist: Geschichte des Hitlerreiches in der Ausgabe von 1949: 41 Seiten, in derjenigen von 1958: 13 Seiten. Judenverfolgung: 3 Seiten im Jahr 1949, aber nur mehr 14 *Zeilen* im Jahr 1958. Religionsverfolgung im Dritten Reich: Ausgabe 1949 noch 2 Seiten, 1958 noch ganze 4½ Zeilen. Von den Konzentrationslagern und der Widerstandsbewegung findet sich in der Ausgabe von 1958 überhaupt kein Wort mehr.

Kann man die gänzliche Reuelosigkeit der Westdeutschen angesichts ihrer so entsetzlich belasteten Vergangenheit deutlicher illustrieren? Nur eine völlige Sinnesänderung könnte hier helfen — aber freilich nicht nur eine sozusagen abstrakte Verurteilung des Nazismus und Antisemitismus, wie sie jetzt weit herum geübt wird (auch zum Beispiel in einer an sich wohlgemeinten Kundgebung im Zürcher Schauspielhaus); die hier verkündeten Grundsätze einer humanistischen Gesinnung müssen vielmehr ganz konkret auf die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit angewandt werden, also vor allem auch auf den neudeutschen Kapitalismus und Imperialismus, in dessen Dienst Nazigeist und Judenhaß stehen. Wie aber kann man erwarten, daß ein sich in greifbaren Taten bekundender Gesinnungswandel im westdeutschen Volk Platz greife, wenn dieses gleiche Volk sich bis tief hinein in die Arbeiterschaft an seinem «Wirtschaftswunder» berauscht und die Sozialdemokratische Partei in ihrem neuen Programm eine regelrechte Schwenkung zur «Privatinitiative» und zur «Marktwirtschaft», also zur kapitalistischen Denkweise vollzogen hat?

Ich habe gewiß keine Lust, die Zustände in der Deutschen Demokratischen Republik zu idealisieren; aber was Richard Crossman, der britische Labourpolitiker, im «New Statesman» (23. Januar) von einer Reise durch Ostdeutschland berichtet, verdient im Blick auf die entsprechenden Verhältnisse in Westdeutschland doch alle Beachtung. Beamte und Lehrer, Studenten und Schulkinder, so schreibt er, «sind höchst wirksam gegen Faschismus geimpft und dazu erzogen worden, Juden und andersrassige Menschen als Brüder zu behandeln. In den Kindergärten zum Beispiel war ich entzückt, zu sehen, wie die farbigen

Kinder behandelt wurden.» Und mit offenbarer Zustimmung führt er die Feststellung General Hoffmanns, des Kommandanten der ostdeutschen Streitkräfte, an, daß in der ganzen Armee der DDR kein einziger Offizier aus Hitlers Wehrmacht zu finden sei. «Bei uns hier haben wir die Faschisten vollständig entmachtet. Drüben sind die Faschisten am Ruder. Darum gibt es in ihren Schulen keine antifaschistische Erziehung und keine gegen den Antisemitismus gerichtete Belehrung.» Die DDR ist eben immerhin ein Land, in dem der Kapitalismus verpönt ist und der Sozialismus aufgebaut wird, während in der Bundesrepublik die «freie Wirtschaft» der Konzerne und Monopole blüht und gedeiht wie nur je . . .

Etwas vom Nasserismus Der westdeutsche Kapitalismus bemüht sich besonders eifrig um die Gewinnung der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Märkte. Er hat dabei auch bereits ganz erkleckliche Erfolge aufzuweisen, beispielsweise in Indien und Argentinien, muß aber gelegentlich auch empfindliche Niederlagen einstecken. Die letzte war die Vergebung aller drei Stufen der Errichtung des *Assuandammes* am oberen Nil an die Sowjetunion, welche die deutsche Konkurrenz zum großen Ärger der ganzen westlichen Welt zwar nicht mühelos, aber doch mit entscheidendem Vorsprung hinter sich ließ. Das hat zunächst gar nichts mit einer Vorliebe Ägyptens für die Sowjetunion und das von ihr verkörperte Gesellschaftssystem zu tun; Moskau konnte für seine Mitarbeit am Dammbau einfach bessere technische und finanzielle Bedingungen bieten als Bonn und der Westen überhaupt (nur zweieinhalb Prozent Verzinsung der notwendigen Anleihe statt fünf bis acht Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Jahren statt nur höchstens sechs, wie die Westdeutschen sie gewöhnlich zugestehen, Zustimmung zur Herstellung aller Stoffe und Geräte, die Ägypten nicht unbedingt vom Ausland beziehen muß, im Lande selbst, usw.). Aber daß die Sowjetunion imstand ist, solch günstige Bedingungen zu gewähren, das ist doch eine Reklame für die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft, die nicht nur in der Vereinigten Arabischen Republik, sondern im ganzen Orient und darüber hinaus ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Die Russen rechnen jedoch wahrscheinlich auch noch mit einer anderen, nicht minder bedeutsamen Wirkung, die ihre großzügige Förderung des ägyptischen Stauwerkes haben dürfte. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß ein Land, das in einer umfassenden Industrialisierung, Modernisierung und Revolutionierung seiner Wirtschaft und Gesellschaft begriffen ist, gezwungen ist, nach außen hin eine Politik planmäßiger Friedenswahrung zu treiben. Das gilt auch für die Arabische Republik. Hans Fleig, der dem Baubeginn am Assuandamm beigewohnt hat, bemerkt deshalb in der «Tat» (19. Januar) wohl mit Recht:

«Mit dem Arbeitsbeginn an diesem Riesenprojekt hat sich Nasser auf viele Jahre hinaus auf eine friedliche arabische Außenpolitik ohne

Abenteuer festgelegt... Die notwendigen Kredite für die weiteren Ausbaustufen würden zurückgezogen oder blieben einfach aus, wenn es anders wäre. Und die Notwendigkeit der Friedenswahrung wird noch viel stärker, wenn der Damm nach Jahren einmal stehen wird. Denn es gibt, wie man aus jüngsten Erfahrungen weiß, nichts Verwundbareres als einen Damm dieser Art. Seine Zerstörung durch wenige Bomben konventioneller Art würde die Ertränkung Ägyptens bedeuten.... Darum bedeutet Hochassuan den Frieden und nochmals den Frieden, die Hinwendung zu den eigentlichen Kernproblemen der arabischen Sozialstruktur und die Abkehr von gefährlichen außenpolitischen ‚Ersatzleistungen', lies: Eroberungen oder ähnlichen Abenteuern. Der Nil wird so zum Garanten des Friedens. Es gibt keine bessere Rechtfertigung für diesen Bau.»

Widerspricht aber dieser Deutung nicht die ägyptisch-syrische Feindseligkeit gegen Israel, die gerade jetzt wieder zu bedenklichen Grenzzwischenfällen und zu einer neuen Spannung im Orient geführt hat? Wir wollen hoffen, daß sich die arabischen Völker, oder genauer ihre herrschenden Schichten, doch endlich mit dem Bestehen des neuen Israel abfinden werden, und annehmen, daß die Schürung des Hasses gegen Israel mehr agitatorischen Zwecken des Panarabismus dienen soll als wirklichen Kriegsabsichten. Wie Professor Willard Range in «The Western Political Quarterly» (Salt Lake City, Utah, Dezember 1959) sehr überzeugend auseinandersetzt, ist vor allem Präsident Nassers großes Ziel in erster Linie die Wiedererweckung des arabischen Geistes aus seiner jahrhundertelangen Lähmung, im Zusammenhang mit der Befreiung der arabischen Völker von der Herrschaft innerer und äußerer «Teufel», zu denen namentlich auch die Großgrundbesitzer, Parteiführer, korrupten Königsfamilien und kapitalistischen Geschäftemacher gehören, die die Massen der Bauern und Arbeiter ausgebeutet haben und vielfach noch heute ausbeuten. «Es kann», so schreibt der Verfasser, «nicht zu stark betont werden, daß Nassers überragendes Ziel nicht wirtschaftliches Gedeihen oder sonst etwas Materialistisches ist, so wichtig das auch als zweitrangiges Ziel sein mag. Es ist eine Renaissance des arabischen Bewußtseins und Geistes, was er mehr als alles andere erstrebt und was, wie er glaubt, erreicht werden muß, bevor viel anderes getan werden kann... Der panarabische Staat, den Nasser will, wäre ein Staat von großer möglicher Stärke, und schon der Ausblick auf ihn erhebt den arabischen Geist.» Er würde alle Länder umfassen, in denen die arabische Sprache und Kultur vorherrscht, vom Atlantik bis zum Persischen Golf, von der türkischen Grenze bis ins Herz von Afrika, mit einer Bevölkerung von über 70 Millionen. Bei allen ihren Unterschieden und Gegensätzen haben die arabischen Völker, so betont Nasser, mehr gemeinsame Interessen als die westeuropäischen Völker, und das genüge, um einen Bund zu schaffen, der auf eigenen Füßen zu stehen vermag. «Nasser weist darauf hin, daß die Araber wenn nötig eine

militärische Streitkraft von gegen zwei Millionen Mann aufstellen könnten.» Eine solche Streitmacht, so folgert er, «würde viel dazu beitragen, jeden Angreifer abzuschrecken, und Hilfe von außen wäre nur im Fall eines allgemeinen Angriffs von seiten eines der großen Blöcke nötig. Im Fall eines solchen Großangriffs von Ost oder West her würde aber nach Nassers Überzeugung das Gebot der Machtpolitik den anderen Block zur Hilfeleistung an die Araber zwingen.»

Professor Range sieht voraus, daß auch im Orient ein gesicherter Friedenszustand nicht eintreten werde, solange nationalistische Führer mit demagogischer Propaganda und revolutionären Mitteln arbeiten zu müssen glauben, um ihre Ziele zu erreichen. Allein wie schon der Suezkrieg gezeigt hat, sind die Großmächte beider Lager auch noch da, um kriegerische Abenteuer im vorderasiatischen Raum zu verhindern, die — wie es fast unvermeidlich wäre — eine Weltkatastrophe auslösen könnten. So sind auch dem Nasserismus Grenzen gesetzt, die trotz allen pathetischen Gebärden und militärischen Drohungen nicht überschritten werden dürften — noch ganz abgesehen davon, daß Nasser in Präsident Kassem, dem Diktator von Irak, einen Konkurrenten im Streben nach der Führung der arabischen Welt hat, der allfälligen Ausdehnungsgelüsten des Ägypters einen wirksamen Dämpfer aufzusetzen vermöchte.

Zähes Ringen in Ost- und Südasien Während im Nahen Orient gegenwärtig der Kampf zwischen Kommunismus und Antikommunismus mehr im Hintergrund weitergeht, spielt er in Ost- und Südasien immer sichtbarer die Hauptrolle. Zwei Geschehnisse auch der Berichtszeit gehören in diesen Rahmen. Das eine ist der Wahlausfall in *Kerala*, dem südwestlichen indischen Staat, der sich auf ganz gesetzlichem Weg seinerzeit eine kommunistische Regierung gegeben hatte. Sie wurde durch das Eingreifen der Zentralregierung in Delhi im letzten Jahr bekanntlich mit Gewalt beseitigt, und die soeben abgehaltenen Neuwahlen zur Volksvertretung haben nun selbstverständlich hintendrein die nötige «legale» Grundlage für diesen gegenrevolutionären Akt schaffen müssen. Große Hoffnungen auf die fernere Abwehr der kommunistischen Gefahr für Indien knüpfen sich in aller Welt an diesen «Sieg der Demokratie», obwohl die Kommunistische Partei in Kerala diesmal nicht weniger, sondern acht Prozent mehr Stimmen bekommen hat als vor drei Jahren . . .

Das andere Ereignis ist der Abschluß eines Militärbündnisses zwischen *Japan* und den *Vereinigten Staaten*. Damit sollen die Beziehungen zwischen den beiden Ländern «normalisiert», das heißt auf den Fuß der Gleichberechtigung gebracht werden; aber es ist klar, daß Japan nun einfach auf förmliche Weise in das von Amerika beherrschte System von Militärallianzen einbezogen worden ist, das die Welt umspannt. Um den Schein zu wahren, bestimmt der in Wa-

shington unterzeichnete Vertrag, daß die in Japan stationierten amerikanischen Streitkräfte erst nach vorgängiger «Konsultation» der Tokioter Regierung kriegsmäßig eingesetzt werden dürfen — aber man weiß zu gut, was solche Vorbehalte in Wirklichkeit wert sind, um sich noch von juristischen Formeln täuschen zu lassen.

Natürlich geht es hier gegen das kommunistische *China*, auf dessen inneren Zusammenbruch man in Amerika noch immer hofft, zumal man ja auch noch Tschiang Kai-schek in Reserve hat, der Arm in Arm mit den USA und Japan von außen her etwas nachhelfen könnte. Aber es ist nicht nur unwahrscheinlich, daß das neue China in sich selber zusammenbrechen wird, sondern auch, daß es Anlaß zu einem kriegerischen Eingreifen auswärtiger Mächte geben wird. Auch sein Grenzstreit mit *Indien* wird sich, so unnötig und verkehrt er ist, nicht zu einer militärischen Machtprobe ausweiten. Die Gefahr für die bürgerlich-kapitalistische und feudalistische Welt Ost- und Südasiens, die von China ausgeht, ist überhaupt nicht militärischer Art; sie liegt in dem sozial-revolutionären Beispiel, das China den anderen unterentwickelten Völkern für die Lösung ihrer Probleme gibt.

Das gilt vor allem für Indien, wie in den «Neuen Wegen» schon wiederholt ausgesprochen worden ist. Auch der amerikanische Nationalökonom Malenbaum sieht es so in einer Abhandlung, die von der «Monthly Review» (Januar 1960) zitiert wird. Daß in Indien planwirtschaftliche, ja zum Teil sozialistische Vorstellungen wirksam sind, hat dabei nicht viel zu sagen; der private Wirtschaftsabschnitt umfaßt immer noch 90 Prozent der Produktion und der Dienstleistungen, und von einem ausgebauten System ineinandergreifender Planungsmaßnahmen ist sowieso nicht die Rede. Trotzdem hat Indien ungefähr zu gleicher Zeit wie China, vor etwa zehn Jahren, ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm auszuführen begonnen. Was ist das beidseitige Ergebnis? Malenbaum findet, daß Indiens Realeinkommen zwischen 1950 und 1959 jährlich um fast 3,5 Prozent gestiegen ist, während in der gleichen Zeit dasjenige Chinas annähernd dreimal schneller gewachsen ist. Die Kapitalanlagen — in unterentwickelten Ländern ein entscheidender Umstand — betrugen in Indien Ende der fünfziger Jahre das Doppelte derjenigen von 1950; in China waren sie fünfmal so hoch. 1952 stand der Haushaltverbrauch in China 10 bis 15 Prozent unter dem Durchschnittsverbrauch in Indien; seit 1955 hat er den indischen Verbrauch mehr und mehr eingeholt, und das trotz der gegenüber Indien viel höheren Anlage von Sparkapital, trotz dem viel schnelleren Wachstum der chinesischen Bevölkerung und bei gleichzeitiger mächtiger Ausdehnung der öffentlichen Dienste (Schulen, Wohnungsbau, Gesundheitsfürsorge usw.) in China, das Indien auf diesem Boden weit hinter sich läßt. Müssen in Indien weiterhin alljährlich viele Hunderttausende von Menschen verhungern, bis man sich entschließt, wie in China radikale Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschafts- und Eigentumsordnung zu ergreifen?

Ähnliche Feststellungen wie der amerikanische Gelehrte trifft eine Veröffentlichung des Royal Institute of International Affairs (London) über China, das Dr. T. Balogh im «New Statesman» bespricht (30. Januar). Die Gesamtproduktion Chinas ist danach seit der Anhandnahme des Entwicklungsprogramms mindestens doppelt so schnell gestiegen, als es je in der Sowjetunion und in Japan der Fall war, und etwa fünfmal so schnell wie in Indien. «Es unterliegt keinem Zweifel», so schreibt der englische Forscher, «daß China rasch zur dritten Weltmacht emporsteigt. Ob recht oder schlecht — wir haben mit ihm zu rechnen, weil sein Erfolg die nichtsnutzigen, von Amerika inspirierten Militärdiktaturen in Asien, die politische Unterdrückung mit sozialer und wirtschaftlicher Inhaltslosigkeit verbinden, in ihrem wahren Lichte zeigt.» Man vergleiche mit diesem nüchternen Urteil die tendenziösen Berichte über das «Scheitern» der chinesischen Wirtschaftspolitik, wie sie fortwährend in unserer Presse erscheinen, so erst letzthin wieder einer in der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Hongkong, diesem Zentrum chinafeindlicher Gerüchtemacherei und Wühlarbeit, über das angebliche Versagen der Volkskommunen.

Wem die Stunde schlägt Zwischen Indien und China ist jedenfalls ein Wettkampf im Gang, dessen Verlauf wir mit wirklicher Spannung verfolgen, sieht es doch bisher gar nicht so aus, als stünden die Aussichten für die Zukunft der — wie gesagt — nach ausgesprochen kapitalistischen Grundsätzen geführten indischen Wirtschaft irgendwie günstig. Ähnliches ist von dem friedlichen Wettkampf zwischen der *Sowjetunion* und den *Vereinigten Staaten* zu sagen. Auch hier macht es keineswegs den Eindruck, als würde bald die Todesstunde des kommunistisch-sozialistischen Regimes schlagen. Hören wir wieder einen unverdächtigen amerikanischen Fachmann. In einer Einvernahme vor dem parlamentarischen Wirtschaftsausschuß der Vereinigten Staaten (erste Session des 86. Kongresses, 1959) stellt Professor R. W. Goldsmith fest, daß von 1913 bis 1958 das Rohprodukt der russischen Volkswirtschaft je Kopf und Jahr um zwei bis zweieinhalb Prozent zugenommen hat, ein wenig mehr als dasjenige der Vereinigten Staaten. Da aber für die Sowjetunion die Jahre zwischen 1913 und 1926 und dann wieder von 1940 bis 1948 «leere Jahre» gewesen seien, könne man tatsächlich erst von Anfang der fünfziger Jahre an, das heißt seit Überwindung der ärgsten Kriegsfolgen, die beiden Größen vergleichen. Und da zeige sich, daß von 1951 bis 1958 das sowjetische Rohprodukt je Kopf alljährlich um 4½ bis 5½ Prozent gewachsen sei, dreimal so schnell wie in einer langfristigen, ungestörten Entwicklung das amerikanische, ja nach einer anderen Berechnung sogar fünfmal schneller in den Jahren 1933 bis 1959. Die Zeit, da in *absoluten* Beträgen die sowjetische Produktion die amerikanische einholen wird, kann danach kaum mehr sehr fern sein.

Nun ist selbstverständlich die rein wirtschaftlich-technische Leistungsfähigkeit nicht alles, ja nicht einmal die Hauptsache, besonders für ein dem Sozialismus verpflichtetes Land, obwohl die bürgerliche Kritik gerade auch *diese* Seite der Leistungskraft eines sozialistischen Systems immer mit größtem Mißtrauen betrachtet hat. Es kommt vor allem darauf an, welchen *Gebrauch* ein Land von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit macht. Und da kann kaum bestritten werden, daß die Sowjetunion ihre steigende Produktion in viel höherem Maß für die Förderung des Allgemeinwohles verwendet als die Vereinigten Staaten: für Erziehung und Bildung, für wissenschaftliche Forschung, Gesundheitsfürsorge, Stadt- und Siedlungsplanung, soziale Sicherheit für Jugendliche, Alte, Kranke und sonst Bedürftige, für Hilfe an unterentwickelte Völker und so weiter, nicht zu reden davon, daß sie einen bedeutend geringeren Teil des Volkseinkommens (beziehungsweise der Staatsausgaben) für Kriegsrüstungen ausgibt als die Vereinigten Staaten. Auch wo die Sowjetunion produktionsmäßig Amerika einholen will, gedenkt sie nicht den amerikanischen Lebensstil nachzuahmen, zum Beispiel im Automobilbetrieb, der in den Vereinigten Staaten (wie in Westeuropa auch) immer mehr zu einer der bösartigsten Menschheitsplagen ausartet, von der Sowjetunion aber planvoll beherrscht und geordnet werden will.

Alle urteilsfähigen westlichen Beobachter stimmen darum in der Feststellung überein, daß sich im ganzen Leben und Gehaben der Sowjetbevölkerung gegenüber der ersten Nachkriegszeit (um nicht weiter zurückzugreifen) ein gewaltiger Wandel zum Besseren, Menschlicheren, Freieren vollzogen habe. Der sowjetische Mensch — so findet Alexander Werth, der nach elfjähriger Abwesenheit in die Sowjetunion zurückgekehrt ist («New Statesman», 9. Januar 1960) — fühlt sich heute ungleich selbstsicherer und freier als ehedem. Die enorme Hebung der Lebenshaltung gegenüber 1948 sei mit Händen zu greifen; «zum ersten Male in ihrer Geschichte fühlen sich die Russen als eine Nation von ‚Habenden', nicht von ‚Habenichtsen'». Die neue Selbstsicherheit drücke sich auch im offenkundigen Schwinden der Kriegsfurcht aus (so sehr man besonders Westdeutschland mißtraue) und nicht zuletzt in dem Bewußtsein, daß die Geheimpolizei, früher ein Staat im Staate, heute aller willkürlichen Macht entkleidet und eine zuverlässige «sozialistische Gesetzlichkeit» geschaffen worden sei; Henry Shapiro, seit rund 25 Jahren Chefkorrespondent der amerikanischen United-Preß-Agentur in Rußland, bezeichnet diese Wandlung sogar als «die revolutionärste aller Veränderungen seit dem Beginn der Industrialisierung vor 30 Jahren», als die «vierte russische Revolution».

Die Tatsache springt nicht ganz voreingenommenen Zeitgenossen immer klarer in die Augen, daß sowohl die Russen und die Chinesen wie die kleineren Völker Osteuropas und Ostasiens, die sich ein geplantes, auf Gemeineigentum gegründetes Wirtschafts- und Sozial-

system gegeben haben, die großen Probleme des 20. Jahrhunderts, die uns zu überwältigen, ja zu vernichten drohen, viel rascher und viel vernünftiger zu lösen imstande sind als die angeblich freien Nationen mit ihrem planlosen, auf Habgier, Egoismus und Kampf aller gegen alle beruhenden Regime kapitalistischer Privatinitiative. Und die unterentwickelten Völker, also die große Mehrheit der auf unserer Erde wohnenden Menschen, die «wie die Hunde leben und wie die Fliegen sterben», sind die ersten, die diese Tatsache sehen und immer entschlossener die Folgerungen daraus ziehen werden. Paul Sweezy hat ganz recht, wenn er in der «Monthly Review» (Januarheft) schreibt: «Sobald sie überzeugt sind — und früher oder später müssen sie es sein —, daß der Sozialismus ihnen die beste Aussicht gibt, aus ihrem Elend herauszukommen, wird nichts mehr sie aufhalten, den Sozialismus zu übernehmen. Und nichts wird sie so schnell und so gründlich überzeugen als die *wirtschaftlichen* Siege des Sozialismus in den zwei großen Systemskämpfen, die jetzt vor einem buchstäblich weltweiten Publikum ausgefochten werden (Indien—China und Sowjetunion—Amerika) . . . Beim Eintritt in das mit 1960 beginnende Jahrzehnt können wir die Stunde klar und laut schlagen hören — und wir wissen, für wen sie schlägt. Sie schlägt für ein System, das seine schöpferischen Kräfte längst verbraucht hat und jetzt von der Bühne der Geschichte — allzu langsam, aber dennoch sicher — verdrängt wird durch ein anderes System, das bereits seine große Überlegenheit in der Behebung der tiefen Nöte einer gequälten und leidenden Menschheit bewiesen hat.»

4. Februar. *Hugo Kramer*